



Bundestagswahlen 2009

FDP: Abschaffung der GKV

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundestagswahlen nähern sich mit großen Schritten. Von der großen Öffentlichkeit fast unbeachtet, hat die FDP am 12.02.2009 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als Körperschaften des Öffentlichen Rechts fordert.

Neben der Abschaffung der GKV wird auch gefordert, den bisherigen Leistungskatalog auf das medizinisch wirklich Notwendige zu reduzieren. Im Gegenzug soll die Patientenautonomie dadurch gefördert werden, dass die Versicherten durch Mehrkostenregelungen ihre Wahlfreiheit nutzen können. Neben einer minimalen Grundversorgung sollen die Versicherten frei über den Leistungsumfang und die Tarifgestaltung bestimmen können, dazu kommt die Aufgabe des Sachleistungsprinzips zugunsten des Kostenerstattungsprinzips, sowie weiterer Selbstbeteiligungslösungen.

Wenn die GKV-Krankenkassen zu gewinnorientierten Unternehmen werden, bedeutet dies aus ver.di-Sicht einen

drastischen Abbau von Arbeitsplätzen in der GKV und den Entzug von Beitragsgeldern aus dem System zugunsten von Gewinnausschüttungen. Dass für die Versicherten die Krankenversicherung teurer wird (mehr Selbstbeteiligungen, mehr private Zusatzversicherungen) sind weitere Wirkungen der FDP-Vorstellungen. Dass die FDP die Finanzierung der GKV im Umlagesystem durch ein Kapitaldeckungssystem ersetzen will, ignoriert die dramatischen Entwicklungen im Finanzbereich komplett.

ver.di sagt:

Privatisierungsfanatiker dürfen die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht aufs Spiel setzen!

Wir wollen eine solidarische, paritätisch finanzierte GKV!

Wir fordern alle Beschäftigten bei der GKV auf, am 27. September 2009 zur Wahl zu gehen und den Privatisierungsbefürwortern eine Absage zu erteilen.

